Bundesamt für Naturschutz

Bekanntmachung Nr. 22/01 über die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

Vom 12. Dezember 2022

1 Ziele und Rechtsgrundlagen

1.1 Ziele der Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) ist die wissenschaftliche Behörde des Bundes für den nationalen und internationalen Naturschutz. Vor dem Hintergrund der ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben unterstützt das BfN das Bundesministerium Umweltschutz, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und stellt die Grundlagen für eine wissenschaftsbasierte Politikberatung bereit. Um seinen Auftrag erfüllen zu können, vergibt das BfN Forschungsvorhaben an Dritte (extramurale Forschung). Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit des BfN ist auf komplexe ökologische und gesellschaftliche Fragen ausgerichtet und daher inter- und transdisziplinär organisiert. Sie geht von gesellschaftlichen Problemstellungen aus, die integrative Forschungsansätze erfordern, in denen sich wissenschaftliche Erkenntnisse und Anforderungen der Praxis verbinden.

1.2 Rechtsgrundlagen

1.2.1 Forschungsförderung

Im Rahmen der Forschungsförderung werden Vorhaben durch Zuwendungen nach Maßgabe dieser Bekanntmachung, der „Allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen für Zuwendungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Projektförderung für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf Ausgabenbasis“ (A/BNBest-P/BMU) bzw. der „Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung auf Kostenbasis“ (ANBest-P-Kosten) sowie der Verwaltungsvorschriften zu den §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) gefördert. Außerdem können weitere Nebenbestimmungen und Hinweise zu dieser Fördermaßnahme Bestandteile der Zuwendungsbescheide werden.

Die Förderung erfolgt auf Grundlage der Nummern 2.1.1 und 2.2.2 des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul-Unionsrahmen; ABI. C 198 vom 27. Juni 2014, S. 1). Es werden Wissenstransfermaßnahmen gefördert, die als nichtwirtschaftliche Tätigkeiten der Zuwendungsempfänger*innen einzustufen sind.

Die Maßnahmen unterliegen einer regelmäßigen Erfolgskontrolle nach Maßgabe von § 7 Absatz 2 BHO. Ein Anspruch der Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Das BfN entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1.2.2 Aufträge mit forschungsförderndem Charakter

Forschungs- und Entwicklungsvorhaben die als Aufträge mit forschungsförderndem Charakter vergeben werden, unterliegen nach § 116 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht dem Vergaberecht. Die diesen Vorhaben zugrundeliegenden Leistungsbeschreibungen werden entweder vom BfN vorgegeben oder im Wege einer Verhandlung mit dem/der potentiellen Auftragnehmer*in auf der Grundlage von durch das BfN vorgegebenen Mindestanforderungen erstellt.

Die Auftragsvergabe erfolgt unter Einbeziehung der Allgemeinen Bedingungen für Forschungs- und Entwicklungsverträge des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (ABFE-BMU, Stand März 2018) vergeben (abrufbar auf der Webseite des BfN unter <https://www.bfn.de/das-verfahren-refoplan>).

2 Gegenstand der Vergabe

2.1 Forschungsförderungen

Es werden die nachfolgenden Themenstellungen gefördert. Weitere Einzelheiten zu den Themenstellungen sowie Hinweise zu Ansprechpersonen und Kontaktdaten finden Sie in der „Bekanntmachung Forschungsförderung“ (abrufbar auf der Webseite des BfN unter <https://www.bfn.de/das-verfahren-refoplan>).

– ***FKZ 3523800300: ABS – Kooperation auf Augenhöhe***

Empirische Analyse der Erfahrungen von Vorteilsausgleichs-Empfängern als Leitfaden für zukünftige ABS-Kooperationen (FKZ: 3523800300)

– ***FKZ 3523820200: Beitrag zur nationalen Umsetzung des internationalen Artenaktionsplans zur Turteltaube***

Ermittlung der Habitatnutzung und Zugrouten der Turteltaube, Untersuchung des Bruterfolgs in Deutschland und der Gefährdungsursachen im Brutgebiet, auf dem Zug und in den Überwinterungsgebieten als Beitrag zur nationalen Umsetzung des Artenaktionsplans.

– ***FKZ 3523841200: Biodiversität und Folieneinsatz in der Landwirtschaft***

– ***FKZ 3523800400: Biodiversitätsfreundliches Wirtschaftswachstum: Empfehlungen für nachhaltige Wohlfahrtsindikatoren***

– ***FKZ 3523811400: Bundesweites Insektenmonitoring: Weiterentwicklung und Konsolidierung***

Erarbeitung und Prüfung von Auswertungsmöglichkeiten unter Einbeziehung verschiedener räumlicher Ebenen und Monitoringprogramme; Entwicklung digitaler Werkzeuge für Felderfassung; Weiterentwicklung Bausteinset unter Berücksichtigung moderner Techniken

– ***FKZ 3523830200: Dynamische Schutzsysteme, adaptives Management – arktischer Meeresnaturschutz unter dem Klimawandel***

Erarbeitung von Empfehlungen zur Ausweisung von dynamischen räumlichen Schutzsystemen und zum adaptiven Management gebietsbezogener Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Meeresökosysteme der Arktis unter den Bedingungen des Klimawandels.

– ***FKZ 3523841700: Einfluss von Holzbauintiativen auf die Waldbewirtschaftung***

Expert*innenbefragung zu den potentiellen Auswirkungen des Ausbaus von nationalen und europäischen Holzbauintiativen auf waldbauliche Bewirtschaftungskonzepte sowie die Bereitschaft von Waldbesitzenden, Wälder an den Klimawandel anzupassen.

– ***FKZ 3523841400: Hierarchie-Effekte von Biodiversitätsmaßnahmen im integrierten Pflanzenschutz***

Untersuchung der Effekte von Biodiversitätsmaßnahmen in Hinblick auf eine hierarchische Abfolge bei der Förderung der verschiedenen Anwendungsbereiche des integrierten Pflanzenschutzes: Reduktion von Insektiziden, Fungiziden und Herbiziden.

– ***FKZ 3523841300: Integration von Ackerwildkrautschutz in die konventionelle Fruchtfolge***

Möglichkeiten zur gezielten Förderung von Ackerbegleitkräutern in der konventionellen Fruchtfolge und Entwicklung von Maßnahmen und Methoden für Anpassungen an Fruchtfolgen in der konventionellen Landwirtschaft.

— **FKZ 3523851100: Kommunikation hoch2**

Vermittler der öffentlichen Kommunikation über Landwirtschaft und Naturschutz: Entwicklung von Weiterbildungsangeboten für Journalist*innen.

— **FKZ 3523860200: Naturschutzfachliche bundesweite Waldpotenzialkarte für die vorgelagerte Planung**

Erstellung einer bundesweiten Karte bzw. GIS-Anwendung, die auf der Basis von Fernerkundungsdaten und einer darauf beruhenden Baumartenerkennung eine naturschutzfachliche Bewertung von Wäldern für die vorgelagerte Planung bereitstellt.

— **FKZ 3523830600: Umsetzung von Biodiversitäts- und Klimazielen sowie der SDGs in Afrika durch das MAB-Programm**

Unterstützung afrikanischer Partnerländer und des Dachverbandes afrikanischer Biosphärenreservate bei der Umsetzung der SDGs, des Global Biodiversity Frameworks und des Pariser Klimaabkommens durch die Weiterentwicklung des UNESCO-MAB Programms.

— **FKZ 3523820700: Vogelkollision an beleuchteten Gebäuden**

Wissenschaftliche Untersuchungen von Vogelkollisionen an von innen beleuchteten Glasscheiben/-fassaden von Gebäuden an bundesweit repräsentativen Standorten während des Vogelzuges.

— **FKZ 3523850300: Wandel - Jetzt! BNE und Transformative Change für den Schutz der Biodiversität**

Konzeption von Maßnahmen im Kontext Bildung für Nachhaltige Entwicklung zur Förderung von Verhaltensbereitschaften zum Schutz der Biodiversität auf nationaler Ebene, vor dem Hintergrund eines globalen transformationalen Wandels.

2.2 Aufträge mit forschungsförderndem Charakter

Es werden die nachfolgenden Themenstellungen im Wege von Aufträgen mit Forschungsförderndem Charakter vergeben.

- Keine.

3 Besondere Voraussetzungen für Forschungsförderungen

Im Rahmen der Forschungsförderung sind ausschließlich öffentliche oder nicht gewinnorientiert arbeitende Institutionen wie Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Vereine und Verbände, Kammern sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gebietskörperschaften antragsberechtigt. Die Antragstellenden müssen zum Zeitpunkt der Auszahlung der Förderung eine Betriebsstätte oder Niederlassung in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Es werden ausschließlich nichtwirtschaftliche Tätigkeiten der genannten Einrichtungen gefördert. Als nichtwirtschaftliche Tätigkeiten werden bei Forschungseinrichtungen gemäß Nummer 2.1.1 des FuEul-Unionsrahmens z. B. die unabhängige Forschung und Entwicklung zur Erweiterung des Wissens und des Verständnisses, die Verbreitung der Forschungsergebnisse und die Ausbildung von mehr und besser qualifizierten Mitarbeitenden betrachtet. Auch der im Zusammenhang mit den nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten betriebene Transfer technologischen Wissens gemäß Randnummer 15 Buchstabe v des FuEul-

Unionsrahmens gilt als nichtwirtschaftliche Tätigkeit, sofern sämtliche Einnahmen daraus wieder zugunsten von nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten eingesetzt werden. Für vergleichbare Institutionen gelten diese Vorgaben entsprechend.

Soweit dieselbe Einrichtung sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Tätigkeiten ausüben sollte, fällt die staatliche Finanzierung der nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten nur dann nicht unter Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), wenn zur Vermeidung von Quersubventionierungen die beiden Tätigkeitsformen eindeutig und in der Finanzbuchhaltung sowie der Kosten- und Leistungsrechnung nachgewiesen voneinander getrennt werden. Der Nachweis kann z. B. im Jahresabschluss erbracht werden.

Einrichtungen, die institutionell gefördert werden, können eine Projektförderung nur für zusätzliche, projektbedingte Ausgaben erhalten.

Die Zuwendungen können im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden. Zuwendungsfähig ist der projektbezogene Aufwand zur Durchführung der Projektarbeiten einschließlich der notwendigen projekttypischen Koordinationsaufgaben.

Bemessungsgrundlage für Zuwendungen sind die zuwendungsfähigen projektbezogenen Ausgaben (Zuwendung auf Ausgabenbasis [AZA]) oder Kosten (Zuwendung auf Kostenbasis [AZK]). Sofern Antragstellende nicht über ein geordnetes Kostenrechnungswesen verfügen oder es das BfN festlegt, erfolgt die Förderung auf Ausgabenbasis.

5 Verfahren

Die Vorhaben werden im wettbewerblichen Verfahren vergeben. Das Verfahren ist zweistufig angelegt. In der ersten Stufe reichen Sie eine aussagefähige Projektskizze in deutscher Sprache ein. Sofern die formellen Voraussetzungen erfüllt sind und die Projektskizze hinsichtlich der Auswahlkriterien positiv bewertet und im Wettbewerb ausgewählt wird, erfolgt in der zweiten Stufe die Aufforderung zur formellen Antragstellung (Forschungsförderung) oder die Einleitung eines Vergabeverfahrens (Aufträge mit forschungsförderndem Charakter).

5.1 Bewilligungsbehörde und Vergabestelle

Bewilligungsbehörde und Vergabestelle ist das Bundesamt für Naturschutz, Konstantinstraße 110, 53179 Bonn.

5.2 Gliederung und Umfang der Projektskizzen

Die Projektskizze muss alle notwendigen Informationen enthalten, um eine fachliche Stellungnahme zu erlauben. Für das Einreichen einer Projektskizze ist deshalb eine Projektbeschreibung erforderlich, in der auf maximal vier DIN-A 4-Seiten (Schriftart: Arial, Schriftgröße: 11 pt, Zeilenabstand: 1,2-fach) entsprechend der unten dargestellten Gliederung substantielle Angaben zu inhaltlichen Schwerpunkten des Vorhabens zu machen sind. Die Skizze ist in deutscher Sprache abzufassen. Bei Verbundprojekten ist von den Partner*innen ein/e Projektkoordinator*in zu benennen, die oder der für das Vorhaben eine Projektskizze vorlegt und dem BfN in allen Fragen der Abwicklung als Ansprechperson dient.

Projektskizzen, die den formalen und inhaltlichen Vorgaben nicht entsprechen, können ohne weitere Prüfung als unzulässig abgewiesen werden.

Die Projektskizzen sind folgendermaßen zu gliedern:

1. Thema und Förderkennziffer (FKZ) sowie Bezug zu dieser Bekanntmachung.

2. Laufzeit des Vorhabens

– Geben Sie bitte den vorgesehenen Anfangs- und Endzeitpunkt an; soweit sich dieser Zeitpunkt aus einer Kooperation mit einer weiteren Einrichtung zwingend ergibt, weisen Sie bitte darauf hin.

3. Vorarbeiten

– Beschreibung eigener relevanter Vorarbeiten, der Methoden und des geplanten Arbeits- und Lösungsweges anhand von konkreten, aus dem Stand des Wissens abgeleiteten Fragestellungen.

4. Arbeits- und Zeitplan

– Chronologische Darstellung der Arbeitsschritte und Meilensteine mit Entscheidungskriterien. Gegebenenfalls Darstellung der Arbeitsteilung zwischen Kooperationspartner*innen im Projekt.

5. Wissenschaftlich-technische und gegebenenfalls wirtschaftliche Erfolgsaussichten und Risiken sowie Ergebnisverwertung.

6. Kompetenz

– Kompetenz der Bewerber*innen bzw. der an der Durchführung der geplanten Arbeiten Beteiligten;

– Nachweise über bisherige Erfahrungen (Referenzen, Publikationen, sonstige Vorarbeiten). Haben Sie oder Ihre Partner*innen bereits früher entsprechende Themenfelder erfolgreich bearbeitet? Woraus ergibt sich die spezielle Motivation für die Durchführung des Vorhabens? Bestehen ggf. Synergieeffekte? Haben Sie bereits früher ähnliche Forschungsfelder bearbeitet, so dass bereits eine gute Datenbasis bzw. Erfahrungen bei der Bearbeitung des Forschungsthemas vorliegen?

7. Schutzrechte

– Gegebenenfalls Stellungnahme zu bestehenden Schutzrechten (eigene und Dritter) und eine vergleichende Darstellung voraussichtlicher Vorteile gegenüber bisher gängigen Verfahren.

8. Unternehmensdaten (nur für Unternehmen)

– Wirtschaftliche Verhältnisse, personelle und materielle Kapazitäten, Organisation, Infrastruktur, Beschreibung der Vorleistungen und Qualifikationen;

– Begründung der Notwendigkeit der staatlichen Förderung (nicht bei Vorhaben mit forschungsförderndem Charakter).

Als Anhang ist zusätzlich beizufügen:

– Kurzdarstellung der Projektpartner*innen;

– Finanzierungspläne bzw. Vorkalkulationen der Projektpartner*innen. Geben Sie geschätzte Summen (nach Jahren getrennt) an, die notwendig wären, um aus Ihrer Sicht das vorgeschlagene Vorhaben erfolgreich durchführen zu können.

5.3 Einreichung von Projektskizzen

Es wird empfohlen, vor der Einreichung von Projektskizzen mit den in der „Bekanntmachung Forschungsförderung“ (abrufbar auf der Webseite des BfN unter <https://www.bfn.de/das-verfahren-refoplan>) aufgeführten Fachgebieten Kontakt aufzunehmen. Weitere Informationen und Erläuterungen sind dort erhältlich.

In der ersten Verfahrensstufe sind die Skizzen bis spätestens

Freitag, den 31. Januar 2023, um 12.00 Uhr

beim Bundesamt für Naturschutz mit dem Betreff **#Projektskizze [jeweilige FKZ]** durch Versand an die E-Mail-Adresse REFOPLAN@BfN.de einzureichen.

5.4 Auswahl- und Entscheidungsverfahren

Die eingegangenen Projektskizzen werden nach Ablauf der Vorlagefrist nach den Vorgaben dieser Bekanntmachung vom Bundesamt für Naturschutz insbesondere nach den folgenden Kriterien geprüft:

- Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Zuwendungsempfänger*innen bzw. Auftragnehmer*innen und der eingebundenen Projektpartner*innen, vorhandene Vorleistungen/Ressourcen;
- wissenschaftliche Qualität und Erfolgsaussichten des Vorhabens, Erläuterungen zum Innovationsgrad, zur Plausibilität und gegebenenfalls zur Praxisrelevanz des Ansatzes sowie Einbeziehung der aktuellen Literatur und des Stands der Technik;
- Durchführbarkeit des Projekts (Angemessenheit der Methoden, Zeitaufwand, Organisation), Plausibilität der Finanzplanung und effektiver Mitteleinsatz.

Das Bundesamt für Naturschutz behält sich vor, bei der Bewertung der vorgelegten Projektskizzen unter Wahrung des Interessenschutzes und der Vertraulichkeit unabhängige Expert*innen hinzuziehen.

Das Bundesamt für Naturschutz informiert die Skizzeneinreichenden über das Ergebnis. Aus der Vorlage einer Projektskizze kann kein Rechtsanspruch auf eine Zuwendung oder Auftragsvergabe abgeleitet werden.

5.5 Vorschläge für Projekte

Es wird darauf hingewiesen, dass Vorschläge oder Projektskizzen für mögliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte jederzeit mitgeteilt werden können. Auch in diesem Fall kann aus der Vorlage einer Projektskizze kein Rechtsanspruch auf eine Zuwendung oder Auftragsvergabe abgeleitet werden. Die Einreichung eines Vorschlags oder einer Projektskizze schließt insbesondere nicht aus, dass ein Vorhaben bekannt gemacht und im Wettbewerb vergeben wird.

Bonn, den 12. Dezember 2022

Bundesamt für Naturschutz

In Vertretung
Th. Graner